

Antrag

Hannover, den 16.06.2026

Fraktion der CDU

Chancen nutzen und Gefahren begrenzen - für einen verantwortungsvollen Umgang mit Social Media

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Digitale Medien und soziale Netzwerke sind fester Bestandteil des gesellschaftlichen Alltags. Sie ermöglichen Information, Kommunikation, Unterhaltung sowie schnellen Austausch über Länder- und Generationengrenzen hinweg. Gerade soziale Medien bieten Chancen für Identitätsbildung, gesellschaftliche Teilhabe, demokratische Debatten, politische Beteiligung, Bildungsangebote und niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen.¹ Sie können Menschen vernetzen, Orientierung geben und politische Prozesse verständlicher machen.

Die notwendige Debatte über Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Risiken sozialer Medien längst alle Altersgruppen betreffen. Problematische Mediennutzung, Desinformation, Manipulation durch algorithmische Steuerung, Cybermobbing, Hassrede, sexualisierte Gewalt im digitalen Raum, Kostenfallen oder psychische Belastungen sind gesellschaftliche Herausforderungen.² Auch Erwachsene sind von suchtmännlicher Nutzung, digitaler Überforderung, Desinformation und Radikalisierung betroffen.³

Der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Medien ist deshalb eine gesellschaftliche Aufgabe, die ein Social-Media-Verbot für unter 14-Jährige, Prävention, Aufklärung, Medienbildung und Schutzmechanismen gleichermaßen erfordert.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. gegenüber dem Bund auf die baldige Einführung eines Social-Media-Verbots für unter 14-Jährige und eine entsprechende verbindliche Altersverifikation hinzuwirken,
2. eine Strategie zur Prävention problematischer Mediennutzung, digitaler Abhängigkeit sowie von Falsch- und Desinformation zu entwickeln, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen in den Blick nimmt,
3. gemeinsam mit den Landesmedienanstalten, gesellschaftlichen Organisationen, Bildungsträgern und Trägern der Jugendhilfe Konzepte zur Förderung kritischer Medienkompetenz für Minderjährige und Erwachsene zu entwickeln und diese finanziell abzusichern,
4. Präventions-, Beratungs- und Unterstützungsangebote gegen digitale Abhängigkeit, Cybermobbing, Cybergrooming, sexualisierte Gewalt im Netz sowie Desinformation einzurichten und bestehende Angebote insbesondere im ländlichen Raum auszubauen,
5. die Medienkompetenzförderung als Querschnittsaufgabe in Schule, Jugendhilfe, Erwachsenen-, Familien- und außerschulischer Bildung zu verankern und externe Fachstellen wie die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen systematisch einzubeziehen,

¹ <https://www.schau-hin.info/grundlagen/diese-chancen-bieten-soziale-medien>

² <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/3/beitrag/digitale-medienmaerkte-was-tun-gegen-hass-rede-und-falschinformationen.html>, <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/femizide-und-gewalt-gegen-frauen/560023/digitale-gewalt-im-sozialen-nahraum/>

³ <https://www.apotheken-umschau.de/gesund-bleiben/psyche/social-media-sucht-in-deutschland-nicht-nur-jugendliche-sondern-auch-erwachsene-betroffen-1421695.html>

6. die Eltern- und Familienbildung im Bereich digitaler Medien auszubauen, niedrigschwellige und mehrsprachige Informations-, Beratungs- und Aufklärungsangebote zu digitalen Schutzmöglichkeiten, Risiken sozialer Medien und Jugendschutzfunktionen zu entwickeln,
7. Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung altersgerechter Regeln zur Nutzung sozialer Medien sowie medienpädagogischer Konzepte zu unterstützen,
8. Medienpädagogik als verbindlicher Bestandteil der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte und Lehrkräfte vorzusehen und digitale Kompetenzen insbesondere durch eine Stärkung des Pflichtfachs Informatik zu vermitteln,
9. Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche bei Fragen des digitalen Kinder- und Jugendmedienschutzes einzuführen und ihre Perspektiven systematisch in Schutz- und Präventionskonzepte einzubeziehen,
10. wissenschaftliche Forschung zu Auswirkungen sozialer Medien auf psychische Gesundheit, demokratische Meinungsbildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern,
11. sich für die Etablierung eines bundesweiten Aktionsplans „Digitale Bildung“ einzusetzen,
12. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass soziale Netzwerke und digitale Plattformen stärker in die Verantwortung genommen werden, insbesondere hinsichtlich algorithmischer Transparenz, wirksamer Alterskontrollen, Schutzmechanismen gegen suchtvorstärkende Funktionen, schneller Entfernung rechtswidriger Inhalte sowie wirksamer Maßnahmen gegen Hassrede, Cybermobbing und sexualisierte Gewalt,
13. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die zuständigen Aufsichts- und Durchsetzungsbehörden personell und technisch so ausgestattet werden, dass eine wirksame Kontrolle und Durchsetzung bestehender europäischer und nationaler Regelungen gewährleistet werden können,
14. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für regelmäßige Risikoanalysen großer sozialer Plattformen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche einzusetzen,
15. sich auf europäischer Ebene für einheitliche und wirksame Standards im Kinder- und Jugendmedienschutz einzusetzen.

Begründung

Ergänzend zu dem Social-Media-Verbot für unter 14-Jährige muss das Ziel ein verantwortungsbewusstes digitales Aufwachsen und Zusammenleben sein, das Schutz, Befähigung und gesellschaftliche Teilhabe gleichermaßen ermöglicht, um den komplexen Herausforderungen in der digitalen Medienwelt gerecht zu werden. Aktuelle Erkenntnisse zeigen deutlich, dass Unterstützungs- und Präventionsstrukturen vielfach unzureichend vernetzt, nicht dauerhaft finanziert und regional unterschiedlich ausgestaltet sind. Medienkompetenzförderung darf nicht von einzelnen Projekten oder persönlichem Engagement abhängig bleiben, sondern muss Minderjährige und Erwachsene gleichermaßen ansprechen und effektiv erreichen. Ein wirksamer Umgang mit den Gefahren sozialer Medien erfordert deshalb einen umfassenden politischen Ansatz, der Schutzmaßnahmen, Bildungsangebote, Elternunterstützung, Forschung und gesellschaftliche Aufklärung miteinander verbindet. Nur dadurch kann die Gesellschaft insgesamt gegenüber den vielschichtigen Gefahren im Netz resilienter werden.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin